



Gespräche und ein Tarifabschluss

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



In den vergangenen vier Wochen hat sich in Thüringen einiges ereignet, das zum Schreiben Anlass bietet. Beginnen möchte ich wie immer damit, was die Zusammenarbeit der GdP Thüringen mit den Verantwortlichen unserer Landesregierung mit sich gebracht hat. Da ist als Erstes zu erwähnen, dass eine Äußerung meinerseits – „die Thüringer Polizei sei nicht auf Terrorwarnung, wie sie in anderen Teilen des Bundesgebietes aufgetreten sind, vorbereitet“ – für erheblichen Aufruhr gesorgt hat. Es lag mir natürlich sehr fern, die Bevölkerung Thüringens zu verunsichern, auch war es nicht meine Absicht, das Innenressort der Thüringer Landesregierung zu diskreditieren. Ziel war es auf Probleme hinzuweisen, die durch so eine Situation für die Thüringer Polizei entstehen könnten. Ich bin froh berichten zu können, dass es trotz aller Beteuerungen, die die Thüringer Polizei sei hervorragend ausgebildet und ausgestattet, aber nun intensive inhaltliche Beschäftigung im Ministerium für Inneres und Kommunales sowie dessen nachgeordneten Behörden mit der Problematik Terror gibt. Ziel erreicht!!!

Den zweiten Vorwurf, ich würde den hervorragenden Ausbildungsstand unserer Kollegen nicht respektieren, kann ich natürlich auch nicht gelten lassen. Herrn Minister Dr. Holger Poppenhä-

ger kann ich nur entgegenhalten, ich war seit 2005 als Lehrer am Bildungszentrum der Thüringer Polizei im Rahmen der Ausbildung und der Fortbildung unserer Kollegen tätig und weiß sehr gut, was in den Lehrplänen und Fortbildungskatalogen dieser Einrichtung geschrieben steht.

Zum Thema Ausrüstung an dieser Stelle nur ein kleiner Hinweis: die Ausrüstung unserer Kollegen mit maßangepassten Schutzwesten ist noch nicht abgeschlossen. Die Schutzklasse unserer Schutzwesten entspricht zwar bundeseinheitlichen Standards, aber einen Stichschutz bieten unsere Westen nicht. Was unsere Schutzwesten bei der Gefahr, mit einer AK 47 bedroht zu werden, leisten, muss hoffentlich nie durch unsere Kollegen erprobt werden. Aber gut, die Bedrohungslage durch Terror egal welcher Art hat sich ja wieder einmal in diese trügerische Ruhe zurückgezogen, die uns in einer genauso trügerischen Sicherheit zu wiegen scheint. Wir werden diese Problematik zum Wohle unserer Kollegen aber nicht aus den Augen verlieren.

Dritter sehr wichtiger Tagesordnungspunkt im letzten Monat war der zäh und hart erkämpfte Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. Ich bin froh, dass so viele der Tarifbeschäftigten der Thüringer Polizei in unserer GdP organisiert sind, dadurch hatten wir die Möglichkeit, unsere Stimme in Artern, Erfurt, Jena und Leipzig zu erheben, um an der Seite von GEW und ver.di für das Recht auf einen fairen Abschluss zu demonstrieren. Natürlich könnten es immer ein paar Kollegen mehr sein, die sich auf die Straße begeben, aber die Beamtinnen und Beamten in unseren Reihen haben da ein rechtliches Hemmnis und leider gibt es immer noch einige Kollegen, die darauf vertrauen, dass die anderen es schon richten werden.

Nun ja, es ist mal wieder geglückt. Über die Inhalte des Tarifabschlusses haben wir unsere Mitglieder ausführlich informiert. Nun geht es an die Wünsche der Beamtinnen und Beam-

ten, die haben sehr wohl einen Anspruch auf die Übernahme des Tarifabschlusses auf ihre Besoldung. Lediglich unsere Landesregierung hat sich bis zum Osterfest 2015 noch nicht geäußert. Ohhh doch! Unsere Finanzministerin plagen seit dem Tarifabschluss Kopfschmerzen, die sich hoffentlich rasch bessern, damit wir sehr bald ein Signal zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten des Freistaates erhalten. Ich darf aber an dieser Stelle an das Urteil 2 C 1/13 des Bundesverwaltungsgerichtes erinnern, in welchem die Richter dem Gesetzgeber enge Grenzen setzen, wenn es um die Übertragung des Tarifergebnisses der Angestellten im öffentlichen Dienst auf die Beamten geht, die bekanntlich nicht streiken dürfen. Die Übertragung verstößt nach Auffassung der Richter dann gegen Artikel 33 GG, „wenn der Gesetzgeber die Besoldungsentwicklung an Parameter knüpft, die die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst nicht mehr in den Blick nehmen“.

Zu guter Letzt etwas völlig anderes. Dies ist der erste Aufruf an alle unsere Mitglieder, ihre Terminkalender zur Hand zu nehmen, dazu einen gutschreibenden Kugelschreiber und den 23. Oktober 2015 ab 17 Uhr zu markieren und zu blockieren, denn genau zu diesem Termin wird die Gewerkschaft der Polizei Thüringen ihren 25. Geburtstag feiern. Ihr seid alle herzlich eingeladen. Wir werden im beheizten Festzelt auf dem Gelände der Geschäftsstelle der GdP feiern. Umrahmt wird die Feier durch die Famberg-Musikanten aus Südthüringen, die schon zum ersten Oktoberfest 2014 für eine Wahnsinnsstimmung gesorgt haben, dazu wird es noch die eine oder andere Überraschung im Laufe des Abends geben. Für das leibliche Wohl ist natürlich gesorgt. Also auf keinen Fall mehr Termine annehmen und die Dirndl und Lederhosen lüften. Keine Angst, wer keine Tracht hat wird auch reingelassen.

Euer Landesvorsitzender



Positionspapier soll entstehen

In seiner turnusmäßigen Sitzung am 17. 3. 2015 befasste sich der Fachausschuss Verkehr insbesondere mit dem brisanten Thema „Stellenabbau vs. Verkehrssicherheit“ und der Bewertung aktueller Pressemeldungen des Bundesvorstandes mit verkehrspolizeilichem Bezug.

Die zahlreichen verbalen Attacken gegen die Haltung der GdP Thüringen und ihres Landesvorsitzenden in der Stellenabbaudiskussion veranlassten uns unmittelbar, eine Agenda für die Erstellung eines Positionspapiers zumindest für den Bereich der verkehrspolizeilichen Arbeit aufzustellen. Grundlage muss natürlich auch hierfür die Analyse der aktuellen Verkehrslage in Thüringen sein. Also sind neben der Unfallentwicklung gerade auch die Entwicklungen der Fahrzeugzulassungen, der Verkehrsströme und Durchlaufzahlen, aber auch der

Hauptunfallursachen, die Verkehrsverstöße und die beteiligten Verkehrsteilnehmer an den Ausgangspunkt jeglicher Betrachtungen zu stellen. Gerade die letzteren Kriterien lassen doch nachweisbare Rückschlüsse auf das Unrechtsbewusstsein unserer Verkehrsteilnehmer zu. Man darf sich halt nicht nur am Rückgang der VU-Zahlen berauschen, sondern muss auch dahinter und tiefer schauen.

Kernpunkte unserer Argumentation gegen den Stellenabbau werden solche Ansprüche sein wie permanente direkte Einflussnahme auf die Verkehrsteilnehmer vor Ort, kontinuierliche Verkehrsprävention mit dauerhafter Breiten- und Tiefenwirkung, konsequent spezialisierte und praxisorientierte Aus- und Fortbildung und qualifizierte Unfallaufnahme. Wie gesagt, wir sind gerade erst dabei, das Positionspapier zu erstellen. Wer sich daran beteiligen möchte, kann sein Statement gern an die Geschäftsstelle (gdp-thueringen@gdp.de) des Landesbezirkes Thüringen schicken. Wir freuen uns über jeden Beitrag, egal ob Pro oder Kontra!

Einige Bemerkungen zu den weiteren behandelten Fachthemen. Im Einklang mit dem Standpunkt des Bundesvorstandes halten auch wir die Geschwindigkeitsmessung mit-

tels „Section Control“ für eine gute Sache. Nach Vorliegen der Ergebnisse des niedersächsischen Pilotprojektes werden wir uns dazu später nochmals äußern. Einig sind wir uns auch hinsichtlich des leidigen Themas „Blitzmarathon“. Bei diesem praktizierten Aktionismus steht der Aufwand in keinem Verhältnis zum erzielten Nutzen, wenn man hier überhaupt von verkehrserzieherischer Nachhaltigkeit sprechen kann. Einen Vorteil hat die Sache allerdings. So steht wenigstens einmal im Jahr die Raserei bundes- und landesweit im Fokus der Medien. Im übrigen Tagesgeschäft sind ja sonst wohl andere Themen wichtiger.

Kritisch sehen wir dagegen die unterstützende Haltung des Bundesvorstandes zur Empfehlung des 53. Verkehrsgerichtstages, Tempo 80 als Regelgeschwindigkeit auf Landstraßen einzuführen. Nach unserer Auffassung sind die jetzigen Regelungen völlig ausreichend und die angepriesenen Wirkungen bei „Umstellung“ auf 80 km/h noch nicht ausreichend wissenschaftlich belegt. Und mit der Frage „Wer soll die Einhaltung dann kontrollieren?“ ist wieder der Kreis geschlossen zum Ausgangspunkt „Stellenabbau oder Verkehrssicherheit?“.

Andreas Hempel



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Auenstraße 38 a
99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
LPI Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2828



Der Fachausschuss

Foto: Rothe



Vorsitzender spricht mit Präsident

Der neu ernannte Thüringer Polizeipräsident Uwe Brunnengraber lud am 4. März 2015 GdP-Vorsitzenden Kai Christ in die Landespolizeidirektion ein. Kai Christ nahm die Einladung dankend an und konnte nach eigenen Worten eine positive Bilanz der ersten Begegnung ziehen.

Uwe Brunnengraber, welcher bisher seine berufliche Entwicklung in Hessen durchlief, bringt die Erfahrungen aus allen Laufbahngruppen und in verschiedensten Funktionen mit. Dies spiegelte sich im Gespräch wider, da er immer wieder aus seinen Erfahrungen seiner bisherigen Dienststellen berichten konnte. Da Brunnengraber auch die eine oder andere Frage hatte, stieg man schon tiefer in die Unterhaltung und damit einzelnen Themen ein. So waren die Beförderungen mit der davor liegenden neuen Beurteilungsrichtlinie sowie der Umsetzung aktueller Verwaltungsgerichtsurteile ein Thema. Hierbei machten die Gewerkschafter klar, dass ihnen daran gelegen ist, mehr Beförderungsmöglichkeiten zu erreichen, welche auch rechtssicher hinterlegt sind und damit für alle Beamten als Anerkennung ihrer Arbeit umgesetzt werden können.

Leider sind die von der Landesregierung versprochenen zehn Prozent aus dem letzten Jahr bisher nicht vollständig zur Umsetzung gelangt. Der Präsident stellte fest, dass auch er für die größtmögliche Anzahl an Beförderungen sei. Beide Seiten waren sich einig, dass künftig die Verwaltungsbeamten der Polizei, auf welche nur die Hälfte der Beförderungsmöglichkeiten der Polizeibeamten entfielen, mehr Augenmerk gelegt werden müsse.

Ein weiteres Thema war der geplante Stellenabbau in der Thüringer Polizei. Kai Christ informierte über die Grundforderung der GdP an die Landesregierung, dass mehr Anwärter in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden müssen, als Ruhestandsversetzungen zu erwarten sind, um den Personalabbaupfad zu verlassen. Schon jetzt gebe es deutlich weniger Polizeibeamtinnen und -beamte als Planstellen und eine weitere Reduzierung der Einstel-

lungszahlen führe automatisch zur Personalreduzierung und zur immer weiter fortschreitenden Einschränkung der Arbeitsfähigkeit der Polizei. Der Stellenabbau bei den Tarifbeschäftigten müsse ebenfalls neu überdacht werden. Christ bezeichnete es als Unding, dass in den kommenden Jahren Tarifbeschäftigte, die aus Altersgründen aus dem Beruf ausscheiden, nicht mehr durch Neueinstellungen ersetzt werden. Diese Kolleginnen und Kollegen leisteten ja bisher einen großen und wichtigen Teil der Arbeit der Thüringer Polizei. Deren Arbeit müssten dann Polizeibeamte übernehmen, was die Personalprobleme noch weiter verschärfe. Die Verwaltungsbeamten der Polizei müssten auf die geplante Personalstärke gebracht werden, weil sonst auch deren Arbeit von Polizeibeamten übernommen werden müsse. Die Personalfrage sei die Kardinalfrage für die Arbeitsfähigkeit der Polizei, so Christ.

Die GdP-Vertreter baten den Präsidenten, sich zum Personalstand detailliert ein eigenes Bild bei seinen Dienststellenbereisungen vor Ort zu machen. Nur gemeinsam könne Landesregierung und Landtag gegenüber darlegt werden, dass ein weiterer Personalabbau die gerade erst

neu geschaffene Struktur der Polizei und deren Arbeitsfähigkeit bedrohe.

Hinterfragt wurde vom Präsidenten die von der GdP geforderte Evaluierung der Polizeistrukturreform. Im Gespräch wurde klar, dass das Wort Evaluierung weit auslegbar ist und zunächst der Inhalt zu definieren wäre. Vor allem scheint klar, dass in der Thüringer Polizei zunächst erörtert werden sollte, was das als Aufgabe für unsere Führungskräfte bedeutet. Der GdP ist es wichtig, dass bei der Evaluation vor allem die erkannten Probleme und Defizite beseitigt werden, die bei der Umsetzung von PSR und bei der laufenden Arbeit in den neuen Strukturen erkannt wurden und die die Arbeit behindern.

Bei der Vielzahl der Themen war der Zeitrahmen für das Gespräch schnell überschritten. Sicher waren sich beide Seiten, dass weitere Gespräche folgen werden und der Austausch intensiviert wird. Kai Christ hatte Uwe Brunnengraber auch noch ein kleines Geschenk mitgebracht. Mit kriminalistischem Gespür möge der Präsident seine Aufgaben erkennen und vor allem die Probleme gründlich unter die Lupe nehmen. Die GdP werde ihm dabei ein verlässlicher Partner sein, betonte Christ.



Präsident Brunnengraber (r.) freut sich über das Geschenk.

Foto: LPD

CDU-Fraktion greift GdP-Themen auf

Wie aus der Parlamentsdatenbank des Thüringer Landtages zu entnehmen ist, greift die CDU-Fraktion Themen der GdP auf. So trägt sie gegenüber der Landesregierung indirekt Positionen der GdP vor. Ein Antrag ist überschrieben mit „Terrorgefahr ernst nehmen – Sicherheitsbehörden vorbereiten“.

In dem Antrag heißt es: „1. Die abstrakte Bedrohungslage durch terroristische Aktivitäten und Anschläge ist derzeit in Thüringen als erhöht einzuschätzen. 2. Die Thüringer Sicherheitsbehörden sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder im Bereich der Polizei noch im Bereich des Verfassungsschutzes hinreichend auf potenzielle Terroriszenarien vorbereitet.“

In den Ausführungen schreibt die CDU weiter:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum Ende des Jahres 2015 ein organisatorisch und personell untersetztes Sicherheitskonzept zum Umgang mit möglichen Terroranschlägen zur Beratung vorzulegen. Begründung: Die jüngsten Terrorwarnungen von Bremen, Braunschweig und Dresden sind der traurige Beleg dafür, dass die abstrakte Bedrohung durch terroristische Aktivitäten auch Deutschland erfasst hat. Nach den islamistischen Terroranschlägen von Paris, Moskau, London und Madrid ist nunmehr auch die Bundesrepublik zur Zielscheibe möglicher Anschläge geworden und muss sich zum Schutz der Bevölkerung sowie der freiheitlichen demokratischen Grundordnung den Herausforderungen einer konsequenten Terrorbekämpfung stellen. Dies gilt auch für Thüringen. Erst kürzlich hat der Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales erklärt, dass sich auch in Thüringen zurückgekehrte Kämpfer des ‚Islamistischen Staates‘ aufhalten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund kann der Freistaat die Augen vor terroristischen Bedrohungen nicht verschließen und muss rechtzeitig entsprechende Konzepte für die Sicherheitsbehörden im Umgang mit terroristischen Aktivitäten vorhalten. An einem solchen Konzept mangelt es in Thüringen gegenwärtig. Speziell die Thüringer Polizei verfügt nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei (GdP) derzeit nicht über einen entsprechenden Plan für

derartige Szenarien, sodass nach Auffassung der Fraktion der CDU dringender Handlungsbedarf besteht. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, ein geeignetes Konzept für die Sicherheitsbehörden des Landes, unter besonderer Berücksichtigung der Polizei und des Verfassungsschutzes zu erarbeiten und dem Landtag zur weiteren Beratung bis zum Ende des Jahres 2015 vorzulegen. Um einen wirksamen Schutz der Thüringer Bevölkerung zu gewährleisten, ist es notwendig, eine solche Konzeption sowohl organisatorisch als auch personell zu untersetzen.“

Interessant ist, dass die CDU sich auf Angaben der GdP bezieht. Der bisherige Referatsleiter Einsatz in der Polizeiabteilung des damaliger Thüringer Innenministeriums, Reimund Walk, sitzt neben dem ehemaligen Innenminister Jörg Geibert im Landtag. Beide bräuchten die GdP als Informationsgeber gar nicht, sie müssten selbst bestens im Bild sein. Wir als GdP werden verfolgen, was hier nun weiter passiert.

Damit aber noch nicht genug. Im Rahmen einer kleinen Anfrage vertritt ein Abgeordneter eine weitere GdP-Position: „Stellenbesetzungen von Führungspositionen in der Thüringer Polizei“ ist die Anfrage überschrieben. Hierzu führt der Abgeordnete aus: „Laut Medieninformation 11/2015 des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 20. Januar 2015 ist die Führungsspitze der Thüringer Polizei durch die Neubesetzung des Präsidentenam-

tes der Landespolizeidirektion sowie des Abteilungsleiters für Öffentliche Sicherheit des TMIK komplett.“

In der Medieninformation der Landespolizeidirektion vom 12. Februar 2015 wird mitgeteilt, dass weitere wichtige Dienstposten mit erfahrenen Führungskräften besetzt wurden. Dadurch könnten in der Folge weitere Führungsfunktionen im nachgeordneten Bereich neu besetzt werden. Die Polizeigewerkschaften fordern, insbesondere Spitzendienstposten frühzeitig und auf Dauer zu besetzen. Sowohl Vorgesetzte als auch die Mitarbeiter hätten ein Recht auf Planungssicherheit. Dies festige das Organisationsgefüge und diene nicht zuletzt dem Betriebsfrieden.“

Nun soll die neue Landesregierung Farbe bekennen und wird gefragt: „Welche Dienstposten (Spitzenfunktionen des höheren Polizeivollzugsdienstes) sind derzeit besetzt? Die Frage ist dabei zu untergliedern in TMIK, LPD, LPI'en, TLKA, Bildungszentrum und Verwaltungsfachhochschule. Zudem soll eine nichtnamentliche Aufgliederung nach Dienstposteneinweisung, Beauftragung mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte und kommissarische Bestellung erfolgen.“

Hat da jetzt jemand die Versäumnisse der letzten Jahre erkannt oder möchte offenlegen, was eigentlich unter dem vorherigen Minister und seinem Staatssekretär alles nicht erfolgreich erledigt wurde? DP wird zu den Antworten der Landesregierung berichten.

PARTEIEN

Einladung von der AfD-Fraktion

Erfurt (wg). Für den 3. März 2015 hatte die Alternative für Deutschland (AfD) als Fraktion im Thüringer Landtag Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu einem Gespräch eingeladen. Als ersten Kontakt und Gesprächspartner stand Mdl Corinna Herold zur Verfügung.

Frau Herold hat das Innenresort zwar nicht als Hauptschwerpunkt, zeigte sich aber sehr interessiert an innenpolitischen Themen. Sie hatte viele Nachfragen zu den Forderungen der der GdP zur Landtagswahl und ersichtlich großes Interesse

an weiteren Kontakten. Ein Schwerpunkt war der geplante Stellenabbau der Landesregierung. Corinna Herold interessierte sich besonders für die Vorstellungen der GdP zum benötigten Personal in der Thüringer Polizei sowie zu den dazu erforderlichen Ausbildungszahlen. Ausstattung und Ausrüstung der Polizei wurden ebenfalls intensiv erörtert. Zum Abschluss des Gesprächs informierte Frau Herold, dass die AfD ein weiteres Gespräch wünscht.

So dauerte es gerade mal zwei Wochen, bis eine weitere Einladung vom Innenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion, Jörg Henke, erfolgte. Zu Be-



PARTEIEN

ginn des Gespräches erklärte Henke, dass er die Auffassung der GdP zum Stellenabbau teilt. Weiterhin erlauerte er seine Vorstellungen und Wünsche, welche vor allem den Freistaat Thüringen sicherer machen sollten. Dazu hatte sich die AfD bereits mit einem Referenten aus dem Thüringer Innenministerium und Polizeiressortverstarkt. Dieser soll eine nützliche Unterstützung im Bereich der Innenpolitik der AfD darstellen.

Neben den Themen Einstellungen von Polizeibeamten wurden die aktuellen Geschehnisse bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und rund um die Terrorwarnungen diskutiert. Beide Seiten stimmten darin überein, dass ein Stellenabbau in der Thüringer Polizei nicht weiter erfolgen kann. Dazu bot die AfD an, eine gemeinsame Position zu beziehen, in welche die GdP-Positionen Eingang finden sollen.

Ein weiteres Thema war die Vielzahl von kleinen Anfragen für den Po-



Corinna Herold (l.) und Kai Christ Foto: WG

lizeibereich. Selbstverständlich sei es das gute Recht jedes Abgeordneten, der Landesregierung Fragen zu ihrem

Regierungshandeln zu stellen. Dies sei ein wichtiges Mittel zur Kontrolle der Exekutive durch die Legislative. Die Beantwortung vieler und zum Teil detaillierter Fragen binde natürlich auf allen Ebenen der Polizei Ressourcen, die dann an anderer Stelle fehlten. Teilweise sei bisher auch noch nicht zu erkennen, wie dann die Antworten auf die Anfragen zu praktischem politischen Handeln beitragen.

Bei diesen ersten Gesprächen bat die AfD um Unterstützung bei innenpolitischen Themen. Die GdP wird das Wirken der AfD im Thüringer Landtag weiter verfolgen und die weitere Zusammenarbeit vom Wirken der AfD bundesweit und in Thüringen abhängig machen. Zumindest die beiden Gesprächspartner hinterließen einen aufgeschlossenen Eindruck und das Bemuhlen um eine konstruktive Zusammenarbeit war unverkennbar, konstatierten die GdP-Vertreter.

JUNGE GRUPPE

6. Blaulicht-Milieu-Party in Erfurt

Am 29. 5. 2015 findet um 20 Uhr im Presseklub Erfurt endlich die nächste Blaulicht-Milieu-Party statt. Ziel ist es, junge Leute aus den Berufsfeldern Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr, Krankenhaus, THW, Justiz, Zoll und Bundeswehr zusammenzuführen, um Kontakte zu knüpfen und Berufserfahrungen auszutauschen.

Auch in diesem Jahr ist für das leibliche Wohl durch eine deftige Verpflegung vom Grill gesorgt. Das ganze wird auch wie im letzten Jahr durch Kiliani Bowling organisiert. Ebenso stehen Freigetranke (nur solange Vorrat reicht) wie Bier und Sekt an diesem Abend auf dem Plan.

Dank der freundlichen Unterstützung durch das Autohaus Glinicke wird unser Shuttle-Service im Stadtbereich von Erfurt unterwegs sein, um euch abzuholen und auch wieder sicher nach Hause zu bringen. Der Einlass sowie der Shuttle-Service sind für GdP-Mitglieder bei Vorlage des Mitgliedsausweises natürlich kostenfrei. Gleichermäßen bedanken wir uns beim ASB Erfurt, Abteilung Rettungsdienst, der für

das Fotoshooting zur Plakatwerbung ein Notarzteinsatzfahrzeug zur Verfügung gestellt hat.

Am Abend werden über die Eintrittskarten einige Preise verlost wie beispielsweise weitere Freigetranke oder Freitrainings. Die Trainingsgut-scheine wurden als Eroffnungsangebot

durch Calisport.de in Erfurt gesponsert.

Infos zum Einlass sowie Shuttle-Service findet ihr bei Facebook unter: Blaulicht-Milieu-Party Erfurt. Man sieht sich ...

Thomas Hoyer, stellv. Landesjugendvorsitzender



Computerlehrgang in Gotha

Der Vorstand der Seniorengruppe Gotha machte sich zunehmend Gedanken, wie Senioren überhaupt bzw. noch besser an die digitalen Medien herangeführt werden können. Im Hinterkopf hatten wir dabei auch, die Kommunikation in der Seniorengruppe und zwischen dem Vorstand und den Senioren zu entwickeln. So können bisher nur sehr wenige Senioren bei Einladungen, Mitteilungen usw. mittels E-Mail erreicht werden. Der Aufwand, dies per Brief oder Telefon zu erledigen, ist enorm hoch. Wir kamen zu dem Entschluss, entsprechende Computerlehrgänge anzubieten. Im Vorfeld starteten wir noch eine Fragebogenaktion, um den ungefähren Ausstattungsgrad der Senioren bezüglich Computertechnik und den gewünschten Themen zu erfragen.

Große Unterstützung erhielten wir von der Kreisgruppe der GdP, dem Personalrat und dem amtierenden Leiter der Landespolizeiinspektion Gotha. So wurden uns Raum und Technik zur Verfügung gestellt. Auf diesem Weg möchten wir

uns dafür nochmals herzlich bedanken. Außer Neueinsteigern waren auch die Senioren willkommen, die ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten beim Umgang mit Hard- und Software weiter verbessern und festigen wollten. Im Januar 2014 hatten wir uns beim ersten Computerlehrgang mit den Grundlagen von Windows, Zubehörprogrammen, Antiviren-Software, dem Internet sowie dem Erstellen, Versenden und Empfangen von E-Mails beschäftigt. Schon da war klar, dass wir mindestens einen weiteren Lehrgang durchführen müssen, um das PC-Wissen unserer Senioren weiter zu verbessern bzw. zu festigen.

Am 6. März 2015 wurde der zweite Teil des Computerlehrgangs in Angriff genommen. Jetzt standen die Grundlagen von MS Word (Textverarbeitung) und MS Excel (Tabellenkalkulation) im Fokus. Anhand

von PowerPoint-Präsentationen und praktisch am PC wurden die Themen interessant und umfassend und dabei sehr verständlich vom Vortragenden umgesetzt. Die Senioren haben sehr gut mitgearbeitet. Einige wollen sich einen PC zulegen bzw. das Erlernte an ihrer schon vorhandenen Technik anwenden.

Wir hoffen, dass wir das Interesse geweckt und die anfängliche Scheu vor der neuen Technik gesenkt haben. Für unsere Kommunikation in der Seniorengruppe können wir jetzt nach den zwei Lehrgängen schon mal eine viel höhere Anzahl von E-Mail-Adressen nutzen.

Herbert Wollstein



Die Köpfe rauchen

Foto: SG Gotha

Monat	Datum / Uhrzeit	Veranstaltung/Ort	Verantwortlich
März	06.03.2015, 09:00 Uhr	Computerlehrgang LPI Gotha, Raum 3.37 (Folgeveranstaltung vom Januar 2014)	Vorsitzender der Seniorengruppe; LPI, Silvio Walther
Mai	03.05.2015 bis 11.05.2015	GdP-Reise 2015 mit dem Busunternehmen RT Touristik Service Gumpelstadt nach Frankreich	Vorstände der Seniorengruppen Gotha und Suhl
Mai	Mitte oder Ende Mai	Wandertag im Ilmkreis Besuch Zwergenmuseum Gräfenroda, Gundermannhaus am Dörrberg und Wanderung auf den Schneekopf	Vorstand der Seniorengruppe
Juni	03.06.2015	12. Seniorenfahrt der LPI Gotha zur Landesgartenschau in Schmalkalden	LPI, Karin Köhler; Vorsitzender der Seniorengruppe
Oktober	Mitte Oktober	Besuch und Führung Schloss Friedenstein Gotha	Vorstand der Seniorengruppe
Dezember	05.12.2015, 14:00 Uhr	Seniorenweihnachtsfeier 2015 im Restaurant "Gemeinschaftshaus" Gotha	Vorstand der Seniorengruppe

Veranstaltungsplan 2015

Sportlich in den Frühling

Unter diesem Motto begannen die Senioren der Kreisgruppe Suhl ihren Veranstaltungsplan für das Jahr 2015 umzusetzen. Da man weiß, dass das Wetter im März zwar auf Frühling hindeuten kann, aber nicht unbedingt muss, wurde in der Planung auf Sicherheit gesetzt und eine sportliche Betätigung gesucht, welche bei jedem Wetter Spaß macht.

Das Richtige wurde mit der Bowlingbahn im Hotel Kloster Rohr gefunden. Am Donnerstag, 26. März 2015, 15:30

Uhr, war es soweit. Auf zwei Bahnen versuchten 17 Teilnehmer so viele Pins umzuwerfen wie möglich. Unterstützt wurden sie von ihren Partnern. Vor dieser sportlichen, zwei Stunden dauernden Aktivität wurde bei Kaffee und Kuchen ein wenig geplaudert.



Wer schafft die meisten Pins

Foto: Schausell



SENIORENJOURNAL

Dann ging es los. Je nachdem wie die Bowlingkugel das Bahnende erreichte, wurde rege diskutiert, ob man Rechtsspieler oder mehr Linksspieler ist. Die Breite der Ergebnisse reichte von Profi bis Hauptsache ist es dabei zu sein. Auf jeden Fall hat es Spaß gemacht. Der Kalorienverbrauch in dieser Zeit veranlasste viele, sich nach Verlassen der Bahn noch ein ordentliches Abendbrot zu gönnen.

Wenn man bedenkt, dass die „Sportler“ aus den Bereichen Bad Salzungen, Schmalkalden, Meiningen, Suhl und Zella-Mehlis nach Rohr kamen, können wir feststellen, dass die Seniorengruppe gut zusammengewachsen ist.

Der Jahresplan für 2015 wurde als Flyer auf der Weihnachtsfeier im Dezember 2014 verteilt. Zusätzlich ging er als PDF-Datei per Mail an alle, welche eine Mailadresse angegeben ha-

ben. Hier zur Erinnerung der nächste Termin im Mai. Am 21. Mai 2015 steht der Besuch im Rennsteiggarten in Oberhof auf dem Programm. Treffpunkt ist 14 Uhr auf dem Parkplatz am Rondell. Der Eintritt kostet 5,50 € pro Person. Teilnehmer melden sich bitte bis 12. Mai 2015 bei Andreas Schauseil. Diesmal bestellen wir das richtige Wetter gleich mit und hoffen auf eine rege Beteiligung.

Andreas Schauseil

Landeseinsatzzentrale besichtigt

Erfurt (jf). Am 10. März 2015 besichtigten Senioren der Seniorengruppe Jena die Landeseinsatzzentrale (LEZ) in der Landespolizeidirektion in Erfurt. Der Leiter der LEZ, POR Rene Treunert, informierte die Senioren über Aufbau und Aufgaben der LEZ und führte sie durch die Dienststelle.

Die Landeseinsatzzentrale ist eine der wichtigsten Veränderungen, die mit der Polizeistrukturreform in der Thüringer Polizei vorgenommen wurde. Sie nahm am 29. November 2013 ihre Arbeit auf und übernahm bis Mitte 2014 schrittweise das Notruf- und Einsatzmanagement für die gesamte Thüringer Polizei. Früher liefen die Notrufe bei den Polizeidirektionen und den Polizeiinspektionen ein. Dies führte zu einem hohen Koordinierungsauf-

wand. Ein Einsatzleitsystem gab es vor der LEZ in Thüringen de facto nicht.

Der LEZ obliegt jetzt die Bearbeitung aller Notrufe und Alarmer der Überfall- und Einbruchmeldeanlagen sowie die grundsätzliche Einsatzführung der im Dienst befindlichen Kräfte. Dabei sind pro Jahr ca. 360 000 Notrufe und Alarmer zu bearbeiten. Möglich ist das nur durch die Einführung eines Einsatzleitsystems, die Integration des Digitalfunks und die Anzeige der Einsatzmittel mittels Standortbestimmung durch GPS und die Verwendung eines Geoinformationssystems, die Darstellung möglicher Maßnahmen für ein konkretes Ereignis, die automatisierte Alarmierung von Kräften bei Großlagen und die automatisierte Dokumentation von Nachrichten, Funkverkehr und Maßnahmen. Rene Treunert erläuterte das alles sehr anschaulich und

verständlich und konnte die Unterschiede zwischen dem bisherigen und dem neuen System an praktischen Beispielen verdeutlichen, war er doch früher selbst in Jena dienstlich tätig und kannte die meisten Senioren noch aus dem gemeinsamen Dienst.

Im Anschluss besuchten die Senioren noch die neue Geschäftsstelle der GdP in der Auenstraße. Einerseits hatte die Seniorengruppe Erfurt Bratwürste für die Jenaer Kollegen aufgelegt. Andererseits informierte Gewerkschaftssekretärin Kerstin Rothe über die neue Geschäftsstelle und ihre Möglichkeiten für die Arbeit der Gremien der GdP in Thüringen und für die Betreuung der Mitglieder. „Wo Licht ist, ist bekanntlich auch Schatten, aber man sieht, es entwickelt sich etwas“, fasst Bernd Eichhorn seine Eindrücke zusammen.



Im Besprechungsraum der LEZ



Besuch der Geschäftsstelle

Fotos: SG Jena





Struktur der IT-Betreuung in ...

... Thüringen

Die Struktur der IT-Betreuung der Thüringer Polizei in ihrer heutigen Form ist Ergebnis der Polizeistrukturreform 2012. Zentrale Aufgaben für die gesamte Thüringer Polizei werden in Ermangelung einer technischen Servicedienststelle vom Thüringer Landeskriminalamt (TLKA) wahrgenommen. Das ist historisch gewachsen, weil im TLKA die ersten Anwendungen eingeführt wurden und das TLKA auch die Aufgabe der Zentrastelle für die Kommunikation der Thüringer Polizei zugewiesen bekommen hatte. Ein Teil der Aufgaben, vor allem beim Betrieb der Systeme, könnte sicher auch vom Thüringer Landesrechenzentrum übernommen werden, dann wäre die Polizei aber nicht mehr Herr ihrer Daten. Im TLKA ist auch die Autorisierte Stelle für den Digitalfunk angesiedelt.

Aufgaben für alle Dienststellen, mit Ausnahme des TLKA und der Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei, werden nach der Polizeistrukturreform von der Landespolizeidirektion (LPD) wahrgenommen. Neben dem zuständigen Sachbereich in der LPD bestehen dazu Servicestellen bei den Landespolizeiinspektionen. Die LPD nimmt grundsätzliche Aufgaben zur Strategie, Planung und Beschaffung im IuK-Bereich wahr und stimmt die Maßnahmen mit der zuständigen Fachabteilung des TLKA ab. Die Servicestellen sind im Wesentlichen für den Betrieb der IuK-Technik zuständig und arbeiten dazu ebenfalls mit dem TLKA zusammen.

Daneben gibt es bei den Landespolizeiinspektionen und den nachgeordneten Polizeiinspektionen Mitarbeiter IuK bzw. Anwenderbetreuer. Diese unterstützen einerseits die Servicestellen bei ihrer Arbeit und sind andererseits für die Unterstützung der Beamten vor Ort bei der Anwendung der IuK-Technik und der Software verantwortlich.

Bei der LPD ist ein Projekt zur Einführung eines neuen Vorgangsbearbeitungssystems (VBS) eingerichtet. Das neue VBS soll 2018 eingeführt werden.

Edgar Große

... Sachsen

Die Abteilung 4 (IuK) beim Polizeiverwaltungsamt bildet die zentrale IuK-Stelle für die Polizei. Mit Erlass des Sächsischen Staatsministeriums des Innern wurde zum 1. Januar 2013 diese Abteilung 4 beim Polizeiverwaltungsamt eingerichtet und Aufgaben und Personal aus anderen Bereichen übernommen (wie z. B. aus dem Projekt BOS-Digitalfunk). Die Abteilung wurde neu strukturiert und organisiert (z. B. Haushalt, IuK-Leitstelle, Verfahrensbetreuung).

Im Wesentlichen nimmt die Abteilung IuK des PVA im Zusammenhang mit der IT-Betreuung z. B. die Aufgaben Projektkoordination und Change-Management, Planung und Entwicklung polizeilicher IuK und von Verfahren, Koordinierung, Begleitung und Steuerung von IuK-Projekten, Qualitätsmanagement zur Standardisierung der IuK-Prozesse in der zentralen IuK-Abteilung sowie der IuK-Prozesse in den Dienststellen, Gewährleistung der Informationssicherheit, insbesondere im Rahmen des operativen Sicherheits- und Notfallmanagements, Aufnahme und zentrale Bewertung von Störungs- und Problemmeldungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von IuK-Verfahren und IuK-Systemen, Betrieb der IuK-Leitstelle im Rahmen der Anwenderbetreuung, Autorisierte Stelle Digitalfunk zur Sicherstellung des Betriebes des Digitalfunks im Bund und in den Ländern, Errichtung und Betrieb der Übertragungsnetze der sächsischen Polizei, Unterstützung der Dienststellen bei der Vorbereitung und Durchführung von AAO und BAO, Wartung und Instandsetzung von IuK-Technik und IuK-bezogene Aus- und Fortbildung der Bediensteten der sächsischen Polizei wahr.

Unabdingbar ist dabei die Zusammenarbeit mit den Dienststellen. Der weitere Aufbau der IuK-Struktur ist eng verbunden mit dem Projekt „Polizei. Sachsen.2020“. Somit gibt es auch in den nächsten Jahren noch viel zu tun.

Torsten Scheller

... Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt wurden zu Beginn der 90er-Jahre die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) und automatisierte Datenverarbeitung (ADV) in den Dezernaten Führungs- und Einsatzmittel (FEM) eingegliedert. Es gab pro Behörde und Einrichtung einen ADV-Beauftragten, einen Sachbearbeiter ADV und mehrere Systembetreuer und Techniker.

Zum Ende der 90er, als die ADV in fast allen Arbeitsbereichen Einzug gehalten hatte und die Kommunikationstechnik immer „digitalisierter“ wurde, wurden die ADV- und IuK-Bereiche unter dem Namen „IT“ zusammengeführt.

Da die organisatorische Anbindung in den BuE recht unterschiedlich war und die Zusammenarbeit mit dem Technischen Polizeiamt (TPA), welche die zentralen Polizeianwendungen entwickelt, betreut und bereitstellt, immer wichtiger wurde, entschied sich das MI im Jahr 2004, die IT-Bereiche im TPA zu zentralisieren. Es wurden die dezentralen IT-Versorgungsbereiche (VB) gegründet. Sie wurden vom IT-Koordinator geleitet, der vom IT-Administrator und den Systembetreuern unterstützt wird. Diese Zentralisierung stieß nicht bei allen auf große Begeisterung. Die Mitarbeiter der VBs befürchteten einen Arbeitsortwechsel und BuE einen geringeren Einfluss und fehlende Weisungsbefugnis auf „ihre“ IT.

Nach über zehn Jahren sind diese Befürchtungen zerstreut. Die VB gehören zum TPA und sind aber als Dienstleister für genau einen Kunden zuständig, ihre Behörde oder Einrichtung. Zunächst wurden nur die ADV-Mitarbeiter zum TPA versetzt, 2007 dann auch die TK- und Funktechniker.

Leider ist der Personalbestand seit der Gründung der VB kontinuierlich gesunken, Nachwuchs gibt es nicht und eine verantwortungsvolle Betreuung der Technik und Nutzer ist kaum noch möglich.

Jens Hüttich

